

WP-Update

Deutschland vor dem Regierungswechsel

Deutschland-Monitor 2/2025

Deutschland befindet sich in zweifacher Hinsicht an einem Wendepunkt: Auf der einen Seite gibt sich das Land mit der Reform der Schuldenbremse eine historische Neuausrichtung in seiner Haushaltspolitik. Damit reagiert die künftige Regierung noch vor ihrer Amtszeit auf die verschärfte Sicherheitslage in Europa und die chronische Investitionslücke im Land. Auf der anderen Seite erfährt die vom liberalen Freihandel geprägte globale Ordnung, die das deutsche Wirtschaftswachstum in den letzten Jahrzehnten stets zuverlässig gestützt hat, einen Frontalangriff durch die zollpolitischen Rundumschläge der neuen US-Regierung. Strukturelle Herausforderungen, wie hohe Energiepreise oder die wachsende Produktmarktkonkurrenz aus China belasten die Industrie. Die neue Regierung aus Union und SPD, die im Mai vereidigt werden dürfte, hat sowohl im eigenen Land als auch europäisch und international ein komplexes Aufgabenspektrum vor sich.

Makroindikatoren auf einen Blick

Reale Veränderung zum Vorjahr in %	Deutschland			Österreich		
	2024	2025	2026	2024	2025	2026
BIP	-0,2	0,1	1,3	-1,2	-0,3	1,2
Verbraucherpreise	2,2	2,2	2,1	2,9	2,7	2,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,6	0,0	0,7	-3,4	-0,7	1,8
Exporte	-0,5	-1,1	0,6	-4,3	-0,9	1,7

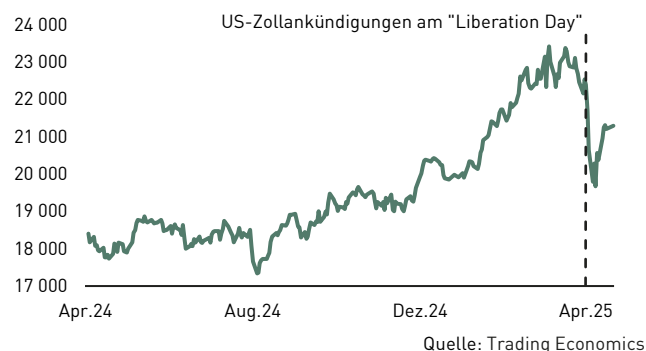
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose, WIFO.

Stagnation für 2025 erwartet

Zunehmender Wettbewerbsdruck aus Asien und ein aufgrund von zunehmendem Protektionismus immer schwieriger werdendes außenwirtschaftliches Umfeld setzen das deutsche Exportgeschäft erheblich unter Druck. Zudem erhöhen widersprüchliche Aussagen in Bezug auf die tatsächliche Auslegung des mittlerweile ausverhandelten Koalitionsvertrags die ohnehin schon große Unsicherheit unter den Wirtschaftsakteuren. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für 2025 nur noch ein BIP-Wachstum von 0,1 % und revidieren damit die Prognose von Herbst deutlich nach unten. Die Hoffnungen ruhen nun auf 2026: Durch die Nutzung der zusätzlichen Fiskalspielräume könnten dann positive Impulse ausgehen. Richtig ausgerichtete öffentliche Ausgaben dürften auch die privaten Investitionen ankurbeln, die aufgrund der gestiegenen Unsicherheit stagnieren (RWI). Das prognostizierte Wachstum für das kommende Jahr liegt bei 1,3 % (Gemeinschaftsdiagnose). Die Prognoseunsicherheit ist derzeit jedoch besonders hoch.

DAX-Index

31/12/1987 = 1000

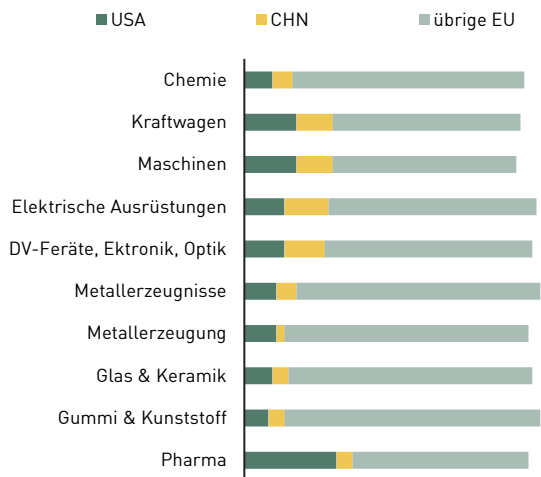


Turbulenzen auf den Finanzmärkten

Der DAX brach nach den Zollentscheidungen des „Liberation Day“ mit einem Minus von -11,6 % dramatisch ein (Stand: 7. April). Trotz der teilweisen Rücknahme der angekündigten Zölle dürfte das Vertrauen der Investor:innen nachhaltig erschüttert bleiben und die handelspolitische Unsicherheit auf einem hohen Niveau verharren. Am aktuellen Rand hat sich der DAX wieder gebessert. Die jüngsten Turbulenzen könnten jedoch ein Vorgeschmack auf die Konsequenzen Politikstils der neuen US-Regierung sein. Dessen disruptive Elemente werden wirtschaftspolitische und unternehmerische Entscheidungen künftig deutlich erschweren.

Anteile an deutschen Exporten

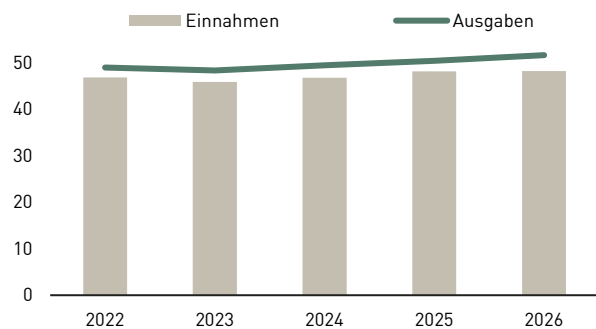
Werte für 2023



Quelle: Destatis, Prognos

Öffentliche Einnahmen und Ausgaben

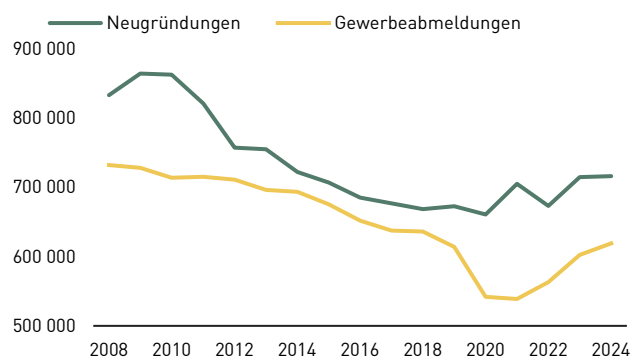
In % des BIP



Quelle: IfW Kiel

Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen

Anzahl



Quelle: Destatis

Düstere Exportaussichten für 2025

Die protektionistische Handelspolitik der USA trifft die Exportwirtschaft weltweit. Sowohl die bereits eingeführten als auch die Androhung weiterer Zölle werden daher auch den deutschen Außenhandel in den kommenden Monaten stark beeinflussen. Das IfW Kiel rechnet mit einem zollbedingten Exportminus von -0,64 %, wobei noch unklar ist, ob und wie stark der Handelskonflikt letzten Endes eskalieren wird. Einen besonders hohen Anteil an deutschen Exporten haben die USA bei pharmazeutischen Erzeugnissen (23 %), Kraftwagen und Kraftwagenteilen (13 %) und Maschinen und Maschinenteilen (13 %). Diese Warengruppen stehen am exponiertesten in der zollpolitischen Schusslinie. Eine für das laufende Jahr prognostizierte leichte Erholung der Binnenmarktexporte könnte hier entlastend wirken. In Summe dürften die Exporte 2025 jedoch um -1,2 % zurückgehen (Gemeinschaftsdiagnose).

Budget: Deutschland bereitet sich für die Zukunft vor

Im Jahr 2025 kompensieren sich restriktive und expansive finanzpolitische Maßnahmen annähernd. Die Einnahmenseite wächst trotz des schwachen BIP kräftig, unterstützt durch eine Anhebung der CO₂-Abgabe und der Sozialbeiträge (IfW Kiel). Im Laufe des Jahres wird sich auch zeigen, welche Gestalt die im März vorbereitete Reform der Schuldenbremse tatsächlich annehmen wird. Die erwarteten Mehrausgaben in den Bereichen Infrastruktur und Verteidigung dürften jedenfalls die deutsche Konjunktur beleben und auch das langfristige Wachstumspotenzial erhöhen. Insgesamt bleibt die Finanzpolitik aber auch 2025 restriktiv ausgerichtet (ifo).

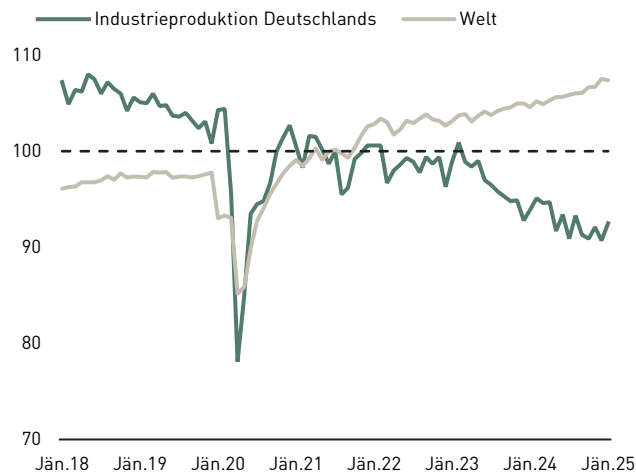
Dynamik in der Unternehmensstruktur Deutschlands

Mit der nachlassenden Wirkung der Covid-Unterstützungen ist die Zahl der vollständigen Geschäftsaufgaben in den letzten vier Jahren merklich gestiegen. Das nährt die Angst vor einer fortschreitenden Deindustrialisierung. Dennoch bleibt das Gesamtbild angesichts der steigenden Zahl von Neugründungen positiv; allein im Jahr 2024 wurden rund 97.000 mehr Neugründungen als Gewerbeabmeldungen gemeldet. Dabei weisen die Dienstleistungsbranchen eine robustere Dynamik auf als das produzierende Gewerbe. Dies deutet auf einen wirtschaftlichen Strukturwandel hin, der den negativen Auswirkungen der aktuellen Rezession in Deutschland teilweise entgegenwirkt (RWI).

Fokus Industrie

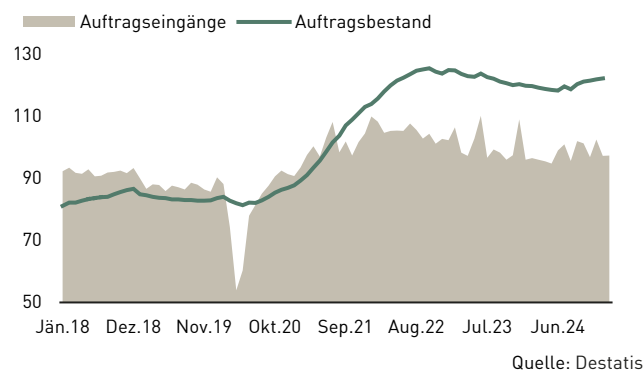
Industrieproduktion Deutschland vs. global

Index 2021=100



Auftragsbestand im verarbeitenden Gewerbe

Index 2021=100



Produktionsausblick auf Stagnationskurs

Der anhaltende Rückgang der Industrieproduktion in Deutschland setzt sich fort. Der BDI rechnet aktuell mit einem Minus von -4,8 % für 2024 gegenüber dem Vorjahr. Am schwierigsten ist die Lage in der Elektroindustrie mit einem Minus von -9,5 % (BDI). Der globale Trend weist hingegen robust nach oben, was die Probleme des Industriestandortes Deutschland noch deutlicher in den Fokus rückt. Dabei spielen strukturelle Herausforderungen eine wesentliche Rolle – insbesondere die verschlechterte internationale Wettbewerbsfähigkeit, hohe Bürokratie- und Energiekosten sowie die demografische Entwicklung. Dämpfend wirkt sich immer mehr auch die wachsende wirtschafts- und handelspolitische Unsicherheit aus. Allerdings besteht die Hoffnung, dass sich sinkende Zinsen sowie die erwarteten fiskalischen Impulse positiv auf die Produktion auswirken könnten (Gemeinschaftsdiagnose).

Stagnierende Auftragseingänge

Die Auftragslage im verarbeitenden Gewerbe entwickelt sich weiterhin schwach. Der Index der Auftragseingänge ohne Großaufträge lag im Januar um -2,7 % unter dem Vormonat. Die hohen Energiepreise bleiben eine große Belastung für die Industrie (RWI). Stimmungsindikatoren deuten jedoch auf etwas mehr Optimismus hin. Die Zinssenkungen könnten die Nachfrage nach Industriegütern beleben. Auch die Reform der Schuldenbremse weckt positive Erwartungen. Ein wesentlicher Risikofaktor bleibt jedoch die unberechenbare US-Handelspolitik (Commerzbank). Vor allem die Zölle auf Stahl und Aluminium sowie auf Kfz-Teile trüben die Aussichten im Verarbeitenden Gewerbe.

FAZIT: Angesichts erheblicher Abwärtsrisiken, dürfte Deutschland 2025 im besten Fall ein Stagnationsjahr bevorstehen. Das verlängert die wirtschaftspolitische Aufgabenliste, die den Mitgliedern der neuen Bundesregierung zusammen mit den Ernennungsurkunden überreicht werden wird: In sicherheitspolitischer Hinsicht hat die neue Regierungskoalition mit der Reform der Schuldenbremse schon vor ihrem Amtsantritt wichtige Weichen gestellt. Der Blick auf die makroökonomischen Indikatoren zeigt aber auch, dass insbesondere Industrie und Exportwirtschaft vor langfristigen strukturellen Herausforderungen stehen – und solche sind über den rein budgetären Weg nicht zu lösen. Die Gemeinschaftsdiagnose betont die Notwendigkeit von umfassenden Strukturreformen. Rückenwind bietet die schrittweise Lockerung der Geldpolitik durch die EZB. Für große Unsicherheit sorgt hingegen die neue US-Handelspolitik, die schwer auf dem exportorientierten Wachstumsmodell Deutschlands lasten wird. Für die österreichische Wirtschaft wäre ein wirtschaftspolitischer Erfolg der künftigen Koalitionäre von großer Bedeutung. Deutschland ist nicht nur Österreichs wichtigster Handelspartner, der einen großen Teil zum außenwirtschaftlichen Ergebnis der heimischen Wirtschaft beiträgt. Eine nachholende und umfassende Ertüchtigung der deutschen Infrastruktur, wie sie im Regierungsprogramm von Union und SPD vorgesehen ist, würde auch positive Impulse für österreichische Unternehmen mit sich bringen. Eines ist gewiss: Ganz Europa blickt erwartungsvoll nach Deutschland.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Website!

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
Panagiota Charalampidou, BSc,
panagiota.charalampidou@wko.at
Tel: +43 5 90 900 | 3389
30. April 2025